

Gemeinde Mainhausen, Dienstag, 22. September 2015

Wenn kein Lückenschluss – wenigstens provisorische Lösung

Radwegelückenschluss entlang der L2310 noch immer Thema

Schon seit vielen Jahren ist der Lückenschluss des Radwegenetzes in Mainhausen ein wichtiges und immer wiederkehrendes Thema. „Ein wichtiger Teilbereich ist hier ein Radweg von der sogenannten „Hiller-Kreuzung“ bis zur Abfahrt Richtung Schwalbennest, entlang der L 2310“, betont Bürgermeisterin Ruth Disser. Bereits im Mai 2005 stellte die Gemeinde dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen Frankfurt (ASV), die Vorschläge zum weiteren Ausbau des Radwegenetzes in Mainhausen vor und beantragte die Aufnahme in die Radwegerahmenplanung des Landes Hessen und die Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bzw. des Finanzausgleichsgesetzes. Die Antwort der zuständigen Behörde lautete dahingehend, dass die o.g. Radverkehrsanlage wegen des Lückenschlusscharakters befürwortet werde. Das Land Hessen, als Baulastträger, sieht hier nur eine nachrangige Dringlichkeit gegeben. „Die jährlichen Nachfragen und Anträge haben bisher zu keiner anders lautenden Antwort geführt“, so Ruth Disser, die immer wieder auf den bestehenden und genutzten „Trampelpfad von der Natostrasse zum Schwalbennest“ verweist.

„Ein Blick in die Liste zur sogenannten „Sanierungsoffensive“ für die Jahre 2016 bis 2022 des Landes zeigt, dass der Lückenschluss entlang der L2310 dort keinen Niederschlag findet“, bedauert die Verwaltungschefin und spricht sich für eine provisorische Lösung für den Teilbereich zwischen Natostrasse und Schwalbennest aus. Diesbezügliche Anfragen an die jeweils zuständigen Behörden laufen und um Zustimmung seitens der Unteren Naturschutzbehörde wurde bereits gebeten. Zur Ertüchtigung des Radwegprovisoriums ist, aufgrund der Lage im Außenbereich - zumal an der Grenze zum Naturschutzgebiet gelegen -, eine sogenannte Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung als Grundlage für die Genehmigung der geplanten Maßnahme. Über die notwendige Beauftragung eines Ingenieurbüros hat nun der Gemeindevorstand entschieden.

Das geplante Provisorium soll sich über rund 690 m erstrecken. Die Kosten werden auf rund 40.000 € geschätzt. Da mit der Maßnahme erst nach Vorlage der erforderlichen Genehmigung umgesetzt werden kann, rechnet Bürgermeisterin Ruth Disser damit erst im Frühjahr 2016, je nach Witterungsbedingung.